

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network

[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)

**newsletter 84 / 24. 04. 2005**

## **AKTIV**

### **Luftverkehr und Klimawandel - Öffentliche Erhebung März-April 2005**

Fragebogen für Einzelpersonen (Dieser Fragebogen wendet sich an die allgemeine Öffentlichkeit)  
Fragebogen für Organisationen (Dieser Fragebogen benötigt Ihre Identifizierung, er enthält detailliertere und technische Fragen)

Abschluss der Konsultation: 6. Mai 2005 <http://europa.eu>

=====

## **ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG**

### **Handynutzer sind kaum besorgt wegen Gesundheit**

Die meisten Handynutzer haben keine Angst vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch den Mobilfunk. Lediglich 41 Prozent der Nutzer sind "besorgt" oder "mäßig besorgt". Das geht aus einer repräsentativen Studie im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter hervor.

<http://www.aerztezeitung.de>

Anmerkung Scherrmann: Hier zeigt sich deutlich, wie mit Sprache maipuliert werden kann. "41 % der Nutzer" sind recht viele. Die Handynutzer somit als "kaum besorgt" zu bezeichnen, ist eine Irreführung der Leserinnen und Leser.

\*\*\*

Auszug aus electrosmog-news: AP Pressemeldung

In einer Pressemeldung v. 31.03.2005 greift die Nachrichtenagentur Associated Press die Forschungsergebnisse einer Schweizer Forschergruppe um Peter Achermann auf, die im Februar im European Journal of Neuroscience <http://www.blackwellsynergy.com/links/doi/10.1111/j.1460-9568.2005.03929.x/abs/>

veröffentlicht wurden:

**"Die Gehirnaktivität des Menschen wird nicht nur durch die elektromagnetische Strahlung der Mobiltelefone, sondern auch durch die Modulation der Strahlen beeinflusst.** Dies haben Forscher der Universität Zürich und der Forschungstiftung IT'IS herausgefunden. Die Konsequenzen für die Gesundheit sind unklar." <http://de.news.yahoo.com/>

Omega: Der Zürcher Schlaf Forscher Peter Achermann hat mittlerweile in drei verschiedenen Studien an Testpersonen nachgewiesen, dass Mobilfunk Auswirkungen auf die Hirnstromkurve hat, das sogenannte EEG: "Wenn wir eine Pulsmodulation haben, ähnlich einem Handy-Signal, dann haben wir einen deutlichen Effekt. Also die Exposition war vor dem Schlafen, der Effekt ist während dem Schlaf auf das EEG und er wächst an im Verlauf der Nacht sogar."

Quelle: <http://omega.twoday.net/stories/618618/>

\*\*\*

Von Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektromog

21.04.2005 **Mobiltelefone darf man nicht anfassen**

**Weltweit erstmalig wird Elektromog durch deutsche Justiz anerkannt!**  
**Staatsanwaltschaft Konstanz widerspricht der offiziellen Meinung der FH Furtwangen**

Laut Strafbefehl des Amtsgerichts Villingen-Schwenningen unterliegt ein Experimentiergerät für Skalarwellen, das u.a. dem Nachweis von Elektrosmog dient, dem Medizinproduktgesetz, wenn eine voll isolierte Masselektrode berührt wird und keine galvanische Verbindung zu stromführenden Teilen besteht. Nach der Auffassung der Staatsanwaltschaft Konstanz erlischt trotzdem eine für das Skalarwellengerät ordnungsgemäß durchgeführte CE-Zertifizierung.

Da die abgestrahlten Skalarwellen mit den longitudinalen Wellen übereinstimmen, die bekanntlich jedes Handy in seinem Nahfeld aufweist, dürfen danach Handynutzer ihr Mobiltelefon weder ans Ohr halten noch beim Telefonieren anfassen. Folgt man der Auffassung des Konstanzer Staatsanwaltes, so macht bereits das Berühren das Gerät zu einem "invasiven Medizinprodukt", womit konsequenterweise auch Handys ihre CE-Zulassung verlieren würden.

Beanstandet wird also ein Skalarwellengerät, das laut Beschreibung technischen, physikalischen und biologischen Experimenten dient. Es hat aber nur eine Sendeleistung von ca. 50 mW. Im Vergleich dazu ist bei einem Handy mit bis zu 3000 mW eine erheblich höhere biologische Wirkung zu erwarten, der die Staatsanwaltschaft sogar medizinische Bedeutung beimisst.

Ungeahnt erhalten damit die Mobilfunkgegner durch den Strafbefehl weltweit und erstmalig juristische Unterstützung, denn Skalarwellen sind die Ursache des Elektrosmog. Mutig stellt sich der Konstanzer Staatsanwalt gegen die von einigen Ämtern und Hochschulen verbreiteten Verharmlosung der Elektrosmogproblematik. So bestreiten zum Beispiel Amtsträger einer Hochschule in Furtwangen generell die Existenz von Skalarwellen und vertreten diese Meinung öffentlich im Internet.

Jetzt werden sie von der Staatsanwaltschaft darüber belehrt:

1. dass Skalarwellen existieren,
2. dass von ihnen eine biologische Wirkung ausgeht, und
3. dass elektronische Geräte, die Skalarwellen abstrahlen, als invasive Medizingeräte gelten müssen.

Entwickelt wurde das Prinzip des Skalarwellengerätes im Rahmen von Diplomarbeiten an der Fachhochschule Furtwangen und verschiedener Projekte. Betreut wurden die Arbeiten von Prof. Dr. Ing. Konstantin Meyl und seinem 1988 gegründeten Transferzentrum. Fertigung und Vertrieb der Geräte liegen in der Hand der Firma INDEL GmbH. Prof. Meyl, der sich letztes Jahr aus der Leitung seines Transferzentrums zurück gezogen hatte, setzt sich in seinen Büchern zur "Elektromagnetischen Umweltverträglichkeit" und in zahlreichen Veranstaltungen weiter für die Anerkennung von Skalarwellen ein.

Dieser Strafbefehl ist eine unerwartete Unterstützung von juristischer Seite. Für die Mobilfunkindustrie könnte der Strafbefehl zu einem Fiasko werden. Sie muss jetzt mit Anzeigen und Schadenersatzforderungen rechnen. Auch Wirtschaft und Politik werden die Folgen zu spüren bekommen. Der Staatsanwaltschaft Konstanz sei Dank!

Wegen der Brisanz des Themas ist von vielen Seiten und aus kontroversen Gründen und Interessen mit erheblichem Widerstand gegen den Strafbefehl zu rechnen und eine Wiederaufnahme des Verfahrens sowie eine öffentliche Hauptverhandlung zu erwarten.

Informationen werden kurzfristig unter <http://www.etzs.de> bekannt gegeben.

1. zur Beschreibung des Skalarwellengerätes.
2. Fachaufsatz zum Thema Elektrosmog sowie zur medizinischen Bedeutung von Skalarwellen
3. für fachliche Fragen steht zur Verfügung:

Prof. Dr. Ing. Konstantin Meyl, FHF/University of Applied Sciences, [prof@k-meyl.de](mailto:prof@k-meyl.de)  
[http://www.etzs.de/go/index.php?20\\_Aktuell](http://www.etzs.de/go/index.php?20_Aktuell)

Quelle: <http://elektrosmoghalle.twoday.net/stories/638923/>  
[http://www.buergerwelle.de/pdf/mobiltelefone\\_darf\\_man\\_nicht\\_anfassen.htm](http://www.buergerwelle.de/pdf/mobiltelefone_darf_man_nicht_anfassen.htm)

=====

## GENMODIFIZIERTES SAATGUT

Vom NABU, 08.04.05

### NABU-Studie zu Auswirkungen von Gen-Pflanzen auf biologische Vielfalt

Berlin (ots) - Nach Ansicht des Naturschutzbundes NABU bestehen nach wie vor erhebliche Wissenslücken über die Auswirkungen des Anbaus von Gen-Pflanzen auf die Natur. Mit einer 60 Seiten umfassenden Studie "Agro-Gentechnik und Naturschutz" belegt der Umweltverband die negativen Folgen von großflächigen Gen-Äckern auf die biologische Vielfalt.

"Viele wild lebende und heute schon bedrohte Pflanzen und Tiere sind auf landwirtschaftlich genutzte Flächen angewiesen, damit sie überleben können", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Die Ergebnisse der Studie zeigten, dass dieser Lebensraum durch den kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen massiv gefährdet werde.

"Die Fakten belegen, dass die derzeitige Zulassungspraxis auf EU-Ebene sowie der Umgang mit der Agro-Gentechnik höchst fragwürdig ist", betonte Tschimpke. Die Hersteller gentechnisch veränderter Organismen müssten vom Gesetzgeber zu mehr Transparenz verpflichtet werden. "Alle umweltrelevanten Daten müssen öffentlich gemacht sowie Forschungsergebnisse dokumentiert werden".

Laut NABU-Studie beruhen infolge der fehlenden Risikoforschung Zulassungen und Bewertungen von Gen-Pflanzen derzeit mehr auf vagen Schätzungen denn auf gesicherten Kenntnissen. Nach Ansicht des Umweltverbandes ist es daher dringend notwendig, die dafür erforderlichen Daten aus einer unabhängigen Risikoforschung zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der NABU Pläne des Bundesverbraucherministeriums, ein Forschungsprogramm zur Auswirkung von gentechnisch veränderten Pflanzen auf biologische Vielfalt und Naturhaushalt aufzulegen. Aus Sicht des NABU darf dabei jedoch nicht - wie bislang geplant - nur die Auswirkung von Gen-Mais auf die Artenvielfalt untersucht werden. "Das ist sehr kurzfristig gedacht", kritisierte Tschimpke. Der Anbau genetisch veränderter Bäume und nachwachsender Rohstoffe - wie zum Beispiel Gen-Raps - werde in Zukunft einen "scharfen Eingriff" in die Natur verursachen.

Im Internet zu finden unter [www.NABU.de](http://www.NABU.de). Dort kann die Studie heruntergeladen werden.

Originaltext: NABU

Digitale Pressemappe: [http://presseportal.de/URL steht nicht mehr zur Verfügung./story.htx?firmaid=6347](http://presseportal.de/URL%20steht%20nicht%20mehr%20zur%20Verfuegung./story.htx?firmaid=6347)

\*\*\*

BUNDESTAG. Berlin Mo, 11.04.2005

### **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft SONDERSITZUNG ZUR ILLEGALEN VERMARKTUNG VON US-GENMAIS IN EUROPA**

Berlin: (hib/BES) Die illegale Vermarktung der nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Maissorte der Linie Bt10 in der EU durch das Biotechnologieunternehmen Syngenta EU ist nicht akzeptabel. Darin waren sich alle Fraktionen des Verbraucherschutzausschusses am Montagnachmittag einig.

Das Gremium befasste sich in einer Sondersitzung mit dem jüngst bekannt gewordenen Fall der Ausbreitung der Bt10-Maissorte, die zwischen 2001 und 2004 "irrtümlich" - wie der Hersteller betont - in den USA als Bt11-Mais in den Verkehr gekommen ist und auch nach Europa exportiert wurde. Zwischen den beiden Maissorten besteht nur ein kleiner Unterschied. Während der zugelassene Bt11-Mais eine insektenresistente Sorte ist, enthält die Bt10-Linie ein Gen, das eine Resistenz gegen das Antibiotikum Ampicillin vermittelt.

Nach Angaben eines Regierungsvertreters haben die US-Behörden und das betroffene Unternehmen fast ein Quartal benötigt, um die notwendigen Informationen über die Panne zu veröffentlichen. Jetzt stelle sich die Frage, welche rechtlichen Schritte unternommen werden sollten.

Strittig sei noch, inwieweit diese Verunreinigung toleriert werden dürfe. Die Haltung der Bundesregierung sei indes klar: Die US-Behörden müssten sicherstellen, dass sich dies nicht wiederholen dürfe und dass kein Bt10-Mais aus der Ernte 2004 auf den europäischen Markt gelange. Es bedürfe eines einheitlichen Vorgehens innerhalb der EU in dieser Frage. Dies unterstützte die SPD. Eine einheitliche Linie der Europäer sei sehr wichtig, möglichst mit der Option verbunden, dass

die Herstellerfirma beweispflichtig sei.

Für die Bündnisgrünen ist der Vorfall kein Betriebsunfall, sondern ein ernsthaftes Problem. Besorgnis erregend sei es, dass in einem solchen Fall weder von der Firma noch von den US-Behörden rechtzeitig entsprechende Informationen geflossen seien. Dies sei eine "ziemlich schwere Störung des Vertrauensverhältnisses".

Die Opposition stimmte überein, dass der Vorfall nicht akzeptabel sei. Der Vorgang müsse sehr genau geprüft werden, so die Union. Allerdings sei für Deutschland - mit einer Ausnahme mit nicht qualifizierbaren Spuren - keine Beeinträchtigung festgestellt worden.

Daher solle kein Krisenszenario konstruiert werden. Wünschenswert wäre, dass die USA mit der gleichen oder annähernden Sorgfalt die Zulassung und Vermarktung von gentechnisch veränderten Produkten behandeln würden.

Nach Ansicht der FDP wird mit dem Thema falsch umgegangen. Auch wenn der Vorfall "absolut nicht in Ordnung" sei, diene es der Sache nicht, überstürzt in einer Sondersitzung darüber zu beraten.

\*\*\*

INDUSTRIE 21.04.05

### **Monsanto legt Regeln für den Anbau von gentechnisch verändertem Mais fest: Gute fachliche Praxis ermöglicht Koexistenz**

Düsseldorf (ots) - Als erstes Unternehmen in Deutschland hat Monsanto verbindliche Praxisregeln für den Anbau seiner gentechnisch veränderten Maissorten festgelegt und so die Grundlagen für die Koexistenz mit konventionell erzeugtem Mais ermöglicht.

Landwirte, die gentechnisch veränderte, insektenresistente Bt-Maissorten von Monsanto anbauen wollen, müssen sich danach zur Einhaltung bestimmter Maßnahmen der sogenannten Guten fachlichen Praxis verpflichten.

Wichtigstes Element ist die Einrichtung eines 20 Meter breiten Trennstreifens mit konventionellem Mais um Felder mit gentechnisch veränderten Mais, sofern im Nachbarfeld ebenfalls Mais angebaut wird.

Auskreuzungen in benachbarte Maisbestände sollen so vermieden bzw. auf ein Minimum reduziert werden.

Diese Auflage basiert auf den wissenschaftlichen Ergebnissen des bundesweiten Erprobungsanbaus im letzten Jahr. Dort war bestätigt worden, dass in benachbarten konventionellen Maisbeständen der Kennzeichnungsschwellenwert für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) ab einer Entfernung von 20 Metern deutlich unterschritten wird.

Daneben sind die Landwirte zur Einhaltung weiterer Auflagen hinsichtlich Lagerung, Aussaat, Ernte, Transport und Kennzeichnung des GVO-Saat- oder Erntegutes sowie der Gerätereinigung und des Insektenresistenz-Managements verpflichtet.

Auf diese Weise wird eine mögliche Beeinträchtigung benachbarter, konventionell oder ökologisch wirtschaftender Landwirte durch Einträge von GVO praktisch ausgeschlossen: Der breite Maßnahmenkatalog verhindert eine Überschreitung des Schwellenwertes durch GVO, die durch Auskreuzungen, Verschleppungen oder ungewollte Vermischungen in konventionelle Erntepartien gelangen können.

Zudem wird in diesem Jahr erstmals das von Monsanto und dem Getreidehändler Märkische Krafffutter GmbH entwickelte Modell zur Abnahme von Körnermais greifen. Dieses garantiert konventionell wirtschaftenden Landwirten aus der Nachbarschaft zu Feldern mit Bt-Mais die Abnahme ihrer Körnermaispartien zum üblichen Marktpreis konventioneller Ware und unbesehen möglicher GVO-Einträge.

Mit diesen Maßnahmen kommt Monsanto seiner Verantwortung nach, in Zusammenarbeit mit Landwirten und Getreidehändlern die Grundlagen für eine funktionierende Koexistenz in der Landwirtschaft und ein friedliches Mit- und Nebeneinander der verschiedenen Anbauformen zu setzen.

Dies ist umso wichtiger, als die Bundesregierung die geplante Verordnung zur Guten fachlichen Praxis beim Anbau von GV-Pflanzen bisher nicht vorgelegt hat.

Damit können innovative Landwirte jetzt mit der Aussaat von Monsantos YieldGard®-Sorten

beginnen und die Vorteile der von Monsanto entwickelten Bt-Technologie nutzen.

Die Details zu den Auflagen der Guten fachlichen Praxis für den Anbau von YieldGard®-Maissorten von Monsanto sind unter [www.monsanto.de](http://www.monsanto.de) einzusehen.

Monsanto ist ein international tätiges Unternehmen für Agrarprodukte mit Firmensitz in St. Louis im US-Bundesstaat Missouri. Das Unternehmen ist einer der Weltmarktführer in der Entwicklung und Herstellung von umweltverträglichen Pflanzenschutzmitteln sowie von mit Hilfe moderner Biotechnologie verbessertem Saatgut. Für weitere Informationen über das Unternehmen Monsanto besuchen Sie unsere Website: [www.monsanto.de](http://www.monsanto.de).

Originaltext: Monsanto (Deutschland) GmbH  
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung.  
[/story.htx?firmaid=7848](http://story.htx?firmaid=7848)

Pressekontakt:  
Monsanto Agrar Deutschland GmbH Dr. Andreas Thierfelder Director Public & Government Affairs

Anmerkung Scherrmann:  
A) Der Schwellenwert kann sich ändern: Was dann?  
B) Es gibt Winde, die das Saatgut mit Sicherheit weiter als 20 Meter transportieren können.

=====

## INDUSTRIE

### 15.04.05 Hoher Zigarettenkonsum führt zu mehr COPD-Erkrankungen in Deutschland / Erste valide Daten durch internationale Studie erwartet

Ingelheim a. Rhein / Karlsruhe / Hannover (ots) - In weniger als 15 Jahren werden chronisch obstruktive Lungenkrankheiten (COPD - Chronic Obstructive Pulmonary Disease) nach Herzinfarkt und Schlaganfall die dritthäufigste Todesursache weltweit sein. Wie viele Menschen, vor allem Raucher, schon jetzt davon betroffen sind, soll in den kommenden Monaten die BOLD-Studie (Burden Of Obstructive Lunge Disease) klären. In Deutschland wird dieses weltweite Projekt der WHO, das Professor Dr. Tobias Welte als nationaler Studienleiter jetzt an der Medizinischen Hochschule Hannover der Öffentlichkeit vorstellte, von Boehringer Ingelheim und Pfizer unterstützt.

Die Experten sind sich einig: Die COPD nimmt weltweit dramatisch zu. Das liegt vor allem daran, dass immer mehr Menschen, vor allem Jüngere und Frauen, zu Zigaretten greifen. "In Deutschland rauchen heute bereits drei bis vier Prozent der Zehnjährigen regelmäßig", sagte Welte. Trotzdem fehlen nach wie vor exakte epidemiologische Daten. Weder ist bekannt, wie häufig die COPD wirklich ist, noch wie die Patienten medizinisch versorgt werden oder welche Unterschiede in den einzelnen Ländern vorliegen. Die BOLD-Studie, die mit Pilotprojekten in den "Raucherhochburgen" China und der Türkei begann, soll dazu in den nächsten Monaten auch die dringend benötigten Daten für Deutschland liefern.

1.000 Patienten in der Modellregion Hannover  
Ein in den USA entwickelter standardisierter Fragebogen und eine Lungenfunktionsmessung sind die wesentlichen Instrumente der Studie. Etwa 1.000 Frauen und Männer aus der Modellregion Hannover werden gebeten, Auskunft über ihre Krankengeschichte, ihr mögliches Rauchverhalten oder auch eventuelle Entwöhnungsversuche, Arztbesuche, Klinikaufenthalte und Behandlungen zu geben. "Unsere Erhebung ist statistisch und epidemiologisch so fundiert angelegt, dass die ausgewählte Stichprobe für die Bundesrepublik repräsentativ ist", sagte Welte in Hannover. Er und sein Team hoffen, dass bis Ende Oktober die notwendige Zahl von etwa 1.000 Personen erreicht wird. Gelingt das, werden erste Ergebnisse bis Ende des Jahres vorliegen.

## Nikotinverzicht und Bronchialerweiterung

Die COPD ist eine chronische Verengung der Bronchien, ausgelöst in den allermeisten Fällen durch jahrelangen Zigarettenkonsum. Die

Gefahr, an einer COPD zu erkranken, nimmt mit der Zahl der gerauchten Zigaretten zu. Das Hauptsymptom der Erkrankung - die Atemnot - führt zu einer eingeschränkten Belastbarkeit, die alltägliche Dinge zur Qual werden lassen kann. Neben der Raucherentwöhnung, die bei al-len COPD-Patienten erste Therapiemaßnahme sein sollte, empfehlen viele Mediziner als Basisbehandlung die Inhalation von bronchialerweiternden Medikamenten. Mit dem lang wirksamen Anticholinergikum Tiotropium (Spiriva®) bieten Boehringer Ingelheim und Pfizer das bislang einzige, speziell für die Behandlung der COPD entwickelte Medikament an, das sich vor allem in der Dauertherapie der COPD über eine sehr gute Wirksamkeit profiliert. Bei nur einer täglichen Inhalation vermindert es nachweislich die COPD-typische Atemnot und verbessert damit nachhaltig die Belastbarkeit der Patienten aller Schweregrade im Alltag. Für die Betroffenen bedeutet dies einen Zugewinn an Lebensqualität.

- Weitere Informationen zum Projekt sowie die Bold-Studie (Publikation wird erwartet) finden Sie unter: [www.bold-studie.d](http://www.bold-studie.d)

Originaltext: Boehringer Ingelheim und Pfizer

Weitere Informationen zu COPD sind abrufbar unter: [www.copd-aktuell.de](http://www.copd-aktuell.de) oder wenden Sie sich an: Pleon GmbH Ina Rück / Eva Grumann E-Mail: [ina.rueck@pleon.com](mailto:ina.rueck@pleon.com), E-Mail: [eva.grumann@pleon.com](mailto:eva.grumann@pleon.com)

Anmerkung Scherrmann: Diese Pressemitteilung ist meines Erachtens in vielerlei Hinsicht bemerkenswert:

- 1: Es gibt sicher Hunderte von Studien über Gesundheitseffekte der Lungen durch Rauchen.
  2. Die Pharmaindustrie nimmt sich des Themas - wie ich es sehe - erst seit der oeffentlichen Verurteilung der grossen Tabakfirmen an
  3. Es ist zu befuerchten, dass bzgl. der gesundheitsschaedlichen Auswirkungen von Duft- und Riechstoffen, von seiten der Pharmaindustrie auch erst eine Reaktion erfolgt, wenn
    - A) hundert Jahre vergehen,
    - B) die Kosmetik-, Wasch- und Putzmittelhersteller zu hohen Strafen verurteilt werden aufgrund des in Verkehrsbringens mancher toxischer Inhaltsstoffe.
    - C) wenn die Zusammenhaenge zwischen bestimmten Substanzen und Gesundheitsschaedigungen nicht mehr zu ignorieren sind.
- Bis dahin bleibt nur: sich trotz Werbung, Vorbild, Inseinwollen vom "blauen Dunst" und von synthetischen Duft- und Riechstoffen so weit wie moeglich zu distanzieren.

=====

### INFOS von weiteren Organisationen

Von PAN-Germany: Hamburg, 14.04.2005

#### **Pestizid-Absatzdaten für Deutschland endlich transparenter**

PAN Germany liegen neue Daten zum Absatz von Pestizidwirkstoffen in Deutschland vor. Mit diesen Daten schafft das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) endlich mehr Transparenz in Bezug auf den Pestizidabsatz

Seit langem fordert PAN Germany den „Gläsernen Pflanzenschutz“ und somit mehr Transparenz in Bezug auf die Vermarktung und den Einsatz von Pestiziden. Nachdem das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit nach eingehender Prüfung eine ausführlichere Veröffentlichung der Daten über gehandelte Pestizide ab diesem Jahr beschlossen hat, stehen PAN Germany erstmals entsprechende Daten zum Pestizid-Absatz zur Verfügung. Die Daten betreffen das Jahr 2003.

Durch die neuen Daten besteht erstmals die Möglichkeit, die Vermarktung von einzelnen Pestizid-Wirkstoffen untergliedert nach Mengengruppen nachzuvollziehen. Dadurch ist ein genauerer Blick als bisher auf die Menge von gehandelten Pestiziden möglich.

„Durch die Datenveröffentlichung wird jetzt endlich besser nachvollziehbar, ob sich die Art und Menge

der vermarkteten Pestizide zugunsten des Umwelt- und Verbraucherschutzes verbessert. Dies ist ein wichtiger Baustein, um die Wirkung des Anfang 2005 begonnenen „Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz“ beobachten zu können“, sagt Carina Weber, Geschäftsführerin von PAN Germany.

Die Bundesregierung hat sich im Rahmen ihres Programms eine Reduktion des Pestizideinsatzes in Deutschland zum Ziel gemacht. Die PAN Germany vorliegenden Daten über die Pestizidvermarktung in Deutschland zeigen z.B., dass das stark grundwassergefährdende Pestizid Isoproturon in großen Mengen in Deutschland vermarktet wird. Zusammen mit Daten über den Einsatz von Pestiziden in bestimmten Anbaukulturen können Maßnahmen zur Problemlösung jetzt besser als zuvor ergriffen und überprüft werden.

Informationen zum Thema Pestizidreduktion finden Sie unter: <http://www.pestizidreduktion.de>  
Die neuen Inlands-Absatzdaten 2003 stehen als Pdf-Download zur Verfügung unter:  
<http://www.pestizidreduktion.de/downloads.html>

Weitere Informationen: Carina Weber, [carina.weber@pan-germany.org](mailto:carina.weber@pan-germany.org)

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. F [presse@pan-germany.org](mailto:presse@pan-germany.org) <http://www.pan-germany.org>

=====  
**KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen**

22.04.2005

**"Man kann von einer Allergie-Epidemie sprechen"**

Die Zahl der Menschen mit allergischer Rhinitis oder allergischem Asthma verdoppelt sich alle acht Jahre. Zumindest belegen das Zahlen der vergangenen 16 Jahre aus der US-amerikanischen Literatur. In den neuen Bundesländern sei die Prävalenz von Asthma und Rhinitis noch rascher gestiegen, da das Ausgangsniveau sehr niedrig gewesen sei.

<http://www.aerztezeitung.de/docs/2005/04/22/073a1002.asp?cat=/medizin/allergien>

18.04.2005

**Quietsch-Entchen: Laut wie ein Rockkonzert**

Spielzeug ist oft viel zu laut für zarte Kinderohren. Darauf weist die Fördergemeinschaft Gutes Hören hin. So ist etwa eine Rassel, nah ans Ohr gehalten, mit 93,5 Dezibel lauter als ein vorbeifahrender Zug. Ein Quietsch-Entchen kann mit 130 Dezibel mit einem lauten Rockkonzert mithalten.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=353721,3955,/medizin/kinderkrankheiten>

**Tag gegen Lärm: Deutsche stört der Straßenlärm**

Berlin (dpa) - Drei von vier Bundesbürgern stört der alltägliche Lärm. Angesichts massiver Gesundheitsgefahren haben Gesundheitsexperten den Staat aufgefordert, sofort gegen das «Getöse» auf Straßen, in der Luft und in Discotheken vorzugehen.

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=4&d=20&id=118667>

**Bilaterale Veränderung der grauen Substanz bei RLS-Patienten**

Erstmals konnten beim Restless-Legs-Syndrom (RLS) durch bildgebende Verfahren Veränderungen der grauen Substanz nachgewiesen werden. ... Abstract:

<http://www.neuronews.de/linkto.php?ABOID=31666&ATID=5493&UID=443>

**Italienische Hausärzte sorgen sich um Luftqualität**

ROM. Der wichtigste italienische Berufsverband für Hausärzte (Fimmg) hat Patienten aufgefordert, sich aktiv für eine Verbesserung der Luftqualität in den italienischen Städten einzusetzen.

.. <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=12879&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

**Zahl der Allergiker um 40 Prozent gestiegen**

Innerhalb des vergangenen Vierteljahrhunderts hat sich der Anteil Heuschnupfen-Geplagter von 30 auf 42 Prozent erhöht.

<http://www.aerztlichepraxis.de>

17.04.2005

### **Mehr als die Hälfte der Flüsse fließen nicht mehr**

Globale Zerstörung der fließenden Binnengewässer dramatisch

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050415020>

### **Knapp jedes dritte Kind erhält die falschen Medikamente**

Infektionskrankheiten werden unnötig durch starke Antibiotika unterdrückt

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050415003>

16.04.2005

### **15 Millionen Einwohner leben mit zu hohen Schallpegeln**

In Deutschland leben etwa 15 Millionen Einwohner in Gebieten, die durch den Straßenverkehr so stark mit Lärm belastet sind, daß die Schallpegel über dem von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) definierten Richtwert zur Vermeidung von Gesundheitsgefahren liegen

[http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=352997,3940./politik/gesundheitsystem\\_uns](http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=352997,3940./politik/gesundheitsystem_uns)

13.04.2005

### **Mensch ist schuld an globaler Erwärmung**

Bonner Klimastudie hat mit 30 Klimamodellen Humanfaktor bewiesen

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050413022>

### **Weniger Antioxidantien durch Bestrahlung Langzeitschäden bei Schwalben in Tschernobyl gefunden**

Radioaktive Strahlung kann das Erbgut nachhaltig schädigen. Doch im Gegensatz zu akuten Strahlenschäden, die unmittelbar nach einer hohen Strahlenexposition auftreten, machen sich Schäden durch eine ständige Bestrahlung mit niedrigeren Strahlenmengen oft erst nach Jahren bemerkbar. <http://www.nzz.ch/2005/04/13/ft/articleCOGO5.html>

12.04.2005

### **Hohe Tabaksteuern halten Franzosen vom Rauchen ab**

PARIS. Die kräftigen Tabaksteuererhöhungen in Frankreich zeigen Wirkung: Binnen Jahresfrist brach der Zigarettenverkauf von 70,6 Milliarden auf 55 Milliarden Stück ein.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=12805&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

### **Feinstaub vergiftet auch die Böden**

Grundwassergefährdung nicht auszuschließen <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050412024>

### **Rauchen in der Schwangerschaft erhöht auch Asthmarisiko der Enkel**

Risiko bei Kindern unter fünf Jahren verdoppelt

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050412010>

06.04.2005

### **Nikotin-Effekt: Rauchen senkt die Fruchtbarkeit**

Rauchen kann Frauen in Sachen Fruchtbarkeit um Jahre altern lassen. Der Griff zum Glimmstängel senkt die Chancen auf eine Schwangerschaft sowohl bei der natürlichen als auch bei einer künstlichen Befruchtung, so eine aktuelle Studie.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518.druck-350139,00.html>

30.03.2005

### **WHO stuft Formaldehyd als krebserregend ein**

Formaldehyd findet nach wie vor große Anwendung in Produkten, die für den Innenraum bestimmt sind. In den letzten Jahren wurde dieser Schadstoff wieder aktuell, da in zunehmendem Ausmaß Wandbaustoffe aus Holzwerkstoffen gefertigt werden, deren Leim Formaldehyd abgeben kann.

<http://www.eco-institut.de/>

30.03.2005

### **Limonen und Augenreizungen**

Lange erwartet, nun publiziert: die neueste Studie von Prof. Peder Wolkoff und seinem Team am National Institute of Occupational Health, Dänemark, eine der kreativsten Forschergruppen, die sich mit dem Thema VOC beschäftigen, zeigt eindrucksvoll, dass neben den bekannten, messbaren Innenraumschadstoffen eine Reihe von Reizstoffen auftreten, die sich völlig unseren derzeitigen Analysemöglichkeiten entziehen. <http://www.eco-institut.de/>

29.03.2005

### **Test Duschgele für Männer: Not am Mann**

ÖKO-TEST: Fast die Hälfte der vom Frankfurter Verbrauchermagazin ÖKO-TEST untersuchten Duschgele für Männer enthielt so viele problematische Stoffe, dass es nur für das Testurteil "mangelhaft" oder "ungenügend" reichte. <http://www.eco-institut.de/>

### **Handlungsschwerpunkte zur Verbesserung der Luftqualität in Innenräumen**

BMU "Handlungsschwerpunkte zur Verbesserung der Luftqualität in Innenräumen" stehen zum Download unter [www.bmu.bund.de](http://www.bmu.bund.de)  
<http://www.eco-institut.de/>

18.03.2005

### **Forscher: PCBs haben Einfluss auf weiblichen Zyklus**

Die früher häufig als Holzschutzmittel und Weichmacher eingesetzten PCBs beeinflussen möglicherweise den Menstruationszyklus bei Frauen.  
<http://www.eco-institut.de/>

14.02.2005

### **Was Konzerne von REACH erwarten. Rat für Nachhaltigkeit**

Nicht alle Firmen wehren sich gegen die Pläne der EU, das Chemikalienrecht unter dem Dach von „REACH“ drastisch zu verschärfen. In einer Publikation des Internationalen Chemikalien-Sekretariats, einem Zusammenschluss schwedischer Umweltverbände, nehmen mehrere internationale Konzerne zu den Plänen der EU Stellung. <http://www.eco-institut.de/>

=====

## **RECHT**

BOCHUM. Wegen der aktuellen Nachfrage nach Patientenverfügungen und Vorbereitungsmaterial haben Prof. Dr. med. Rita Kielstein vom Universitätsklinikum Magdeburg und Prof. Dr. phil. Hans-Martin Saß vom Zentrum für Medizinische Ethik an der Ruhr-Universität Bochum drei unterschiedliche, aktuell überarbeitete Formulardrucke zum Herunterladen auf die Website <http://www.medizinethik-bochum.de> gestellt.

Es handelt sich dabei um **eine detaillierte Patientenverfügung mit integrierter Vollmacht, eine persönliche Gesundheitsvollmacht** mit einigen wenigen inhaltlichen Festlegungen und eine Patientenverfügung mit integrierter Vollmacht in religiöser Sprache. Die Patientenverfügung mit integrierter Vollmacht enthält unter anderem kurze erzählerische Texte als Vorbereitungsmaterial. Informationen: Zentrum für Medizinische Ethik der Ruhr Universität Bochum, 44780 Bochum, Fax 0234-321-4598 E-Mail: [med.ethics@rub.de](mailto:med.ethics@rub.de) /EB  
Links zum Thema [www.medizinethik-bochum.de](http://www.medizinethik-bochum.de)

Patientenverfügung- Betreuungsvollmacht (Prof. Sass und Prof. Kielstein)  
Kostenfrei downloadbar unter <http://www.medizinethik-bochum.de/>

\*\*\*

**Pressemeldung der Berufsgenossenschaften: Dieselmotorfeinstaub am Arbeitsplatz im Griff**  
(15.04.2005)

(bgi) - Die aktuelle Diskussion um Gesundheitsgefahren durch Feinstaub aus Dieselmotoren schafft viel Verwirrung. Übertriebene Sorgen im Zusammenhang mit solchen Belastungen an Arbeitsplätzen sind jedoch fehl am Platz.

Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Berichterstattung um Feinstaub stehen vor allem Dieselmotorabgase, die überwiegend aus so genannten ultrafeinen Teilchen bestehen. „Im Arbeitsschutz unterscheiden wir drei Staubfraktionen“, erklärt Prof. Helmut Blome, stellvertretender Leiter des Berufsgenossenschaftlichen Instituts für Arbeitsschutz (BGIA). „Je nach Teilchengröße gelten unterschiedliche Anforderungen.“ Da die Wirkung von Ultrafeinstaub, den aller kleinsten Partikeln, die selbst Zellwände durchdringen können, noch nicht verlässlich bewertet werden könne, fordern Berufsgenossenschaften und staatlicher Arbeitsschutz für diese Teilchen, dass ihre Konzentration bei der Arbeit so gering wie möglich sein muss.

Für Arbeitsplätze zum Beispiel in Busdepots, Kfz-Werkstätten, bei Gabelstaplern oder im Untertagebau regelt deshalb bereits seit 1993 eine Technische Regel für Gefahrstoffe den Schutz der Beschäftigten vor diesen Emissionen. Sie fordert den verpflichtenden Einsatz von Partikelfiltern oder Absaugungen sowie entsprechende Lüftungssysteme.

„Wir würden es im Sinne des Gesundheitsschutzes durchaus begrüßen, wenn Partikelfilter für Dieselfahrzeuge generell verpflichtend würden“, unterstreicht Blome, „denn im Arbeitsschutz senken wir damit seit Jahren erfolgreich die Belastung der Beschäftigten.“

Das Thema Staub am Arbeitsplatz ist so alt wie der Arbeitsschutz selbst. Die Berufsgenossenschaften widmen sich seit fast 100 Jahren der Verhütung von gesundheitsgefährlichen Staubbelastungen und haben wesentlich zu den bestehenden Staubdefinitionen und -grenzwerten beigetragen

Fachlicher Ansprechpartner:  
Prof. Helmut Blome E-Mail: [helmut.blome@hvbv.de](mailto:helmut.blome@hvbv.de)

Anmerkung Scherrmann: Wenn die Berufsgenossenschaften sich schon seit fast 100 Jahren der Verhütung von gesundheitsgefährlichen Staubbelastungen widmen, dann ist eigentlich noch weniger verständlich, dass insgesamt viel zu wenig für die Vermeidung von Feinstäuben getan wird.

=====  
**POLITIK - BEHOERDEN**  
=====

**Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Pressestelle**

München, 19. April 2005

**Schnappauf: Hörschäden vorbeugen Jeder vierte Jugendliche in Bayern ist bereits irreversibel hörgeschädigt.**

Aus diesem Grund rief Bayerns Gesundheitsminister Werner Schnappauf heute in München zum "Tag gegen Lärm" am 20. April dazu auf, Hörschäden verstärkt vorzubeugen. Jeder vierte Jugendliche in Bayern ist bereits irreversibel hörgeschädigt. Aus diesem Grund rief Bayerns Gesundheitsminister Werner Schnappauf heute in München zum "Tag gegen Lärm" am 20. April dazu auf, Hörschäden verstärkt vorzubeugen. Schnappauf: "Gerade nach dem Hören von überlauter Musik sollte das Ohr wieder eine Pause bekommen". Wer seinem Gehör zu oft überlaute Musik oder Lärm zumutet, so der Minister, wird schon mit 40 Jahren nur noch das Hörvermögen eines 60-Jährigen haben.

Der Minister wies zum achten bundesweit stattfindenden Tag gegen Lärm auch auf die Verschärfung der Lärmschutzvorschriften am Arbeitsplatz durch eine neue EG-Lärmschutzrichtlinie hin. "Die neue EU-Lärmrichtlinie erhöht den Lärmschutz am Arbeitsplatz. Gehörschutzmaßnahmen werden dann schon ab 80 dB(A) erforderlich", so der Minister. Schnappauf forderte die Bundesgesetzgeber auf, einen nationalen Umsetzungsplan zu erstellen und nicht wie schon so oft die Umsetzung zu

verschleppen. Die neue Richtlinie, die u.a. eine Absenkung des Grenzwertes um 5 dB(A) bedeutet, ist durch den Gesetzgeber spätestens bis zum 15. Februar 2006 in nationales Recht umzusetzen.

Deutschlandweit sind etwa fünf Millionen Beschäftigte gehörgefährdendem Lärm ausgesetzt. Vor allem die Branchen Metall und Bau sind davon betroffen. Um dem verstärkt vorzubeugen, startet Bayern schon im kommenden Monat die Aktionen "Arbeitsschutz auf Baustellen?" und "Lärmschutz am Arbeitsplatz?". Schnappauf: "Lärm gehört zu den häufigsten Gefährdungen am Arbeitsplatz". Deshalb werden die Gewerbeaufsichtsämter Arbeitgeber und Beschäftigte verstärkt über die Gefahren durch Lärm aufklären und bei der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zum Lärmschutz unterstützen.

Gerade junge Menschen müssen, so der Minister, möglichst frühzeitig zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit dem eigenen Hörvermögen motiviert werden. Dazu hat das Gesundheitsministerium zusammen mit der Fachhochschule München das Projekt "earaction" gestartet. Mit earaction kann jeder direkt online am PC spielerisch erleben, wie gut sein Gehör ist und wie er es schützen kann. Das Gesundheitsministerium hat earaction mit insgesamt 61.500 Euro im Rahmen der Bayerischen Gesundheitsinitiative Gesund.Leben.Bayern. ([www.gesundheit.bayern.de](http://www.gesundheit.bayern.de)) unterstützt. Unter [www.earaction.de](http://www.earaction.de) steht es zur Verfügung. Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

\*\*\*

München, 13. April 2005

#### **EINLADUNG - Forum Frauengesundheit - "Brustkrebs-Was Frauen wissen müssen"**

Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller beleuchtet zusammen mit Dr. Michael Untch, leitender Oberarzt der Klinik und Poliklinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe und vielen weiteren Ärzten und Wissenschaftlern beim Forum Frauengesundheit "Brustkrebs - Was Frauen wissen müssen" aktuelle Aspekte der Früherkennung, Therapie und Begleitung bei Brustkrebs.

Brusterhaltung ist heute Standardtherapie, die Untersuchung von sog. Wächterlymphknoten erspart einem großen Teil der Frauen radikale Brustoperationen. Die Wiederaufbau-Techniken der Brust haben sich verfeinert, auch die Strahlentherapie geht mittlerweile neue Wege. Wesentliche Behandlungssäule bei Brustkrebs ist die medikamentöse Therapie. Dazugekommen ist die Antikörpertherapie als bahnbrechende Neuerung. Psychoonkologische Betreuung und Initiativen von Brustkrebspatientinnen unterstützen erkrankte Frauen.

Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller beleuchtet zusammen mit Dr. Michael Untch, leitender Oberarzt der Klinik und Poliklinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe und vielen weiteren Ärzten und Wissenschaftlern beim Forum Frauengesundheit "Brustkrebs - Was Frauen wissen müssen" aktuelle Aspekte der Früherkennung, Therapie und Begleitung bei Brustkrebs.

Müller eröffnet die kostenfreie Veranstaltung für interessierte Frauen, Patientinnen und Ärzte

am Samstag, 16. April 2005 um 9.00 Uhr (Ende gegen 13.00 Uhr)  
im Hörsaal III und IV der LMU München-Großhadern,  
Marchioninstr. 15, 81377 München

09.00 Uhr Begrüßung Emilia Müller, Staatssekretärin, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

09.15 Uhr Bevölkerungsbezogenes Krebsregister Bayern und Epidemiologie des Brustkrebses in Bayern

09.30 Uhr Hormone und Brustkrebs

09.45 Uhr Früherkennung, Mammographiescreening, minimal invasive diagnostische Abklärung

10.00 Uhr Beratung von Frauen aus Familien mit Brust- und Eierstockkrebs

10.15 Uhr Versorgungsergebnisse aus Oberbayern im internationalen Vergleich

10.30 Uhr Lebensqualität bei Mammakarzinom-patientinnen

10.45 Uhr Wenn Mütter an Brustkrebs erkranken - was hilft den Kindern?

10.55 Uhr Brustkrebs-muenchen e.V. - Möglichkeiten und Grenzen der Selbsthilfe

11.05 Uhr Imbiss, Pressekonferenz Moderation:

11.45 Uhr Antihormonelle Therapie - Was gibt es Neues?

12.00 Uhr Neues zur Operation, Wächter-Lymphknoten, Brustwiederaufbau

12.15 Uhr "Giftkur ohne Nutzen?? Was kann die Chemotherapie bewirken?"

12.30 Uhr Studienüberblick bei Brustkrebs, Dr. med. Franz von Koch

12.45 Uhr Zusammenfassung und Diskussion

Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

Anmerkung Scherrmann: Ich habe hier das Programm einkopiert, auch wenn die Tagung schon vorbei ist. Denn: Kein einziges Referat beschäftigt sich z. B. über die Erkenntnisse, die Jannette Sherman in ihrem Buch "Life's delicate Balance- Causes and Prevention of Breast Cancer" "zusammengetragen hat.

=====

## BUNDESTAG

### 20.04.2005: Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung **GESUNDHEITLICHE PRÄVENTION SOLL EINE GESETZLICHE GRUNDLAGE ERHALTEN**

Berlin: (hib/BES) Der Koalitionsentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der gesundheitlichen Prävention (15/4833) hat am Mittwochvormittag die erste parlamentarische Hürde genommen: Der Gesundheitsausschuss hat gegen die Stimmen der Union und der Liberalen die Vorlage in geänderter Fassung angenommen und den gleich lautenden Regierungsentwurf (15/5214) für erledigt erklärt. Zur Debatte standen auch zwei Anträge von FDP "Prävention und Gesundheitsförderung als individuelle und gesamtgesellschaftliche Aufgabe" (15/4671) und CDU/CSU "Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe umfassend, innovativ und unbürokratisch gestalten". Sie wurden von der Koalition, bei gegenseitiger Enthaltung der Antragsteller, abgelehnt.

In der abschließenden Ausschussberatung ist noch einmal deutlich geworden, dass alle Fraktionen der gesundheitlichen Prävention ein größeres Gewicht im Gesundheitswesen einräumen und sie als viertes Standbein neben der Akutbehandlung, der Rehabilitation und der Pflege etablieren wollen. Die Meinungen gingen auseinander in der Frage der Umsetzung dieses Anliegens. So kritisierte die Union, die für einen umfassenderen Präventionsbegriff plädierte, unter anderem die Organisationsstruktur als zu bürokratisch.

Vorgesehen ist die Schaffung einer Stiftung Prävention und Gesundheitsförderung, die in Zusammenarbeit mit einem "breiten, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit widerspiegelnden Gremium von Fachleuten" die Präventionsziele und Teilziele erarbeiten soll.

Die Grünen wiesen den Vorwurf der Bürokratie zurück. Die Stiftung sei "eine schlanke Struktur mit einem kleinen Stab" von Mitarbeitern. Es gehe um Management der Prävention und Bündelung der Aktivitäten auf diesem Gebiet.

Aus der Sicht der SPD kommt es auf die Personen an bei der Frage, ob die Umsetzung effektiv oder bürokratisch "läuft". Es sei bei diesem Gesetz wichtig, dass "wir endlich an die Risikogruppen, Sozialschwachen und nicht Gesundheitsbewussten kommen".

Kritisch beurteilten beide Oppositionsfraktionen die Frage der Finanzierung aus Beitragsmitteln. Die gesundheitliche Prävention sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch gesamtgesellschaftlich gelöst werden müsse, so die FDP.

"Wir sind gespannt auf den Vermittlungsausschuss", sagten die Liberalen in Hinblick auf die Bundesratszustimmung zum Gesetz. Auch aus den SPD-Reihen gab es eine zurückhaltende Stimme dazu. Die Mittel auf der Länderebene seien nicht gesichert. Es sei aber jetzt wichtig zu handeln, und den "guten Gedanken" nicht wegen einiger Einwände scheitern zu lassen.

Anmerkung Scherrmann: Ein Mehr an Prävention ist seit 10 Jahren mein Hauptanliegen. Ich bin wirklich sehr neugierig, wie dies dann im Detail aussieht.

\*

### Berlin: Di, 19.04.2005 Verbraucherschutz/Antrag **KENNZEICHNUNGSPFLICHT FÜR IMPORT VON BEHANDELTEM GEFLÜGELFLEISCH GEFORDERT**

Berlin: (hib/SAS) Gesalzenes, gewürztes oder gebratenes Geflügelfleisch, das aus Drittländern in die EU eingeführt wird, soll nach dem Willen der Unionsfraktion der gleichen Kennzeichnungspflicht unterworfen werden, wie unbehandeltes Geflügelfleisch aus Drittländern.

In ihrem Antrag (15/5247) tritt die Fraktion ferner dafür ein, dass die Bundesregierung sich auf europäischer Ebene initiativ dafür einsetzt, sendungsbezogene Rückstandsuntersuchungen vor dem Export aus einem Drittland etwa auf Kosten des Importeurs in Verbindung mit der Einfuhr aus

Drittländern generell vorzuschreiben.

Die Abgeordneten verweisen auf eine Initiative des Bundesrates, in der sich dieser auf Einfuhruntersuchungen in Sendungen aus Drittländern wie China, Vietnam, Indonesien und Chile bezieht. Dort seien vermehrt verbotene Stoffe wie Nitrofurane, Chloramphenicol sowie andere pharmakologisch wirksame Stoffe festgestellt worden.

Für den Bundesrat habe dies den Verdacht nahe gelegt, dass in einer Vielzahl dieser in die EU exportierenden Länder die rechtlichen oder verwaltungstechnischen Bestimmungen bei der Verwendung pharmakologisch wirksamer Stoffe sowie Rückstandskontrollen nicht oder nicht hinreichend umgesetzt würden und die betreffenden Drittländer ihre Rückstandskontrollversprechen nicht einhielten.

Insofern sei die Nahrungsmittelsicherheit nicht gewährleistet, denn die hohen deutschen Produktionsstandards beim Einsatz von Medikamenten und Futtermitteln würden in diesen Ländern nicht immer eingehalten.

Dies hätten bereits die Vorgänge um den mit Nitrofuranen behandelten Geflügelimport gezeigt. Die Union begründet ihren Vorstoß für eine eindeutige Kennzeichnung damit, dem Verbraucher eine informierte Kaufentscheidung ermöglichen zu wollen.

Sie verweist auf den steigenden Anteil von importiertem Geflügelfleisch aus Drittländern: allein der Anteil von Geflügelfleisch aus Brasilien in die EU sei von 291 660 Tonnen im Jahr 2001 auf 377 572 Tonnen Geflügelfleisch im Jahr 2003 gestiegen. Davon hätten 123 710 Tonnen Hühnchen- oder Putenfleisch im Jahr 2003 den deutschen Markt erreicht.

Anmerkung Scherrmann: Wer Fleisch aus heimischer biologischer Haltung, Gemüse aus kbA isst, tut

a) etwas fuer die hiessigen Bauern

b) kann sicher sein, dass er nicht pestizidbelastete und alte Ware bekommt,

c) kann seine Zeit effektiver einsetzen als mit dem Studieren von "Beipackzetteln".

\*

Umwelt/Antrag

## **INNOVATIONSHEMMENDE REGELUNGEN ZUR EU-CHEMIKALIENPOLITIK VERHINDERN**

Berlin: (hib/SAS) Die Bundesregierung soll verhindern, dass bei den neuen europäischen Regelungen zur Chemikalienpolitik (REACH) ein **"unnötiger und kostspieliger bürokratischer Aufwand"** entsteht, der sich für kleine und mittlere Unternehmen innovationshemmend und existenzbedrohend auswirken könnte.

In einem Antrag zur Chemikalienpolitik auf europäischer Ebene äußert die FDP-Fraktion (15/5274) die Befürchtung, dass REACH die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und insbesondere der deutschen Chemiewirtschaft verschlechtern könnte.

Im Kern gehe es bei REACH um die Schaffung eines neuen, einheitlichen sowie zeit- und mengenmäßig abgestuften Systems zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien, dem alle Stoffe bis spätestens 2012 unterworfen werden sollen. Von dem neu zu schaffenden System der EU-Kommission zur Chemikalienpolitik seien europaweit die Chemieunternehmen in Deutschland am stärksten betroffen.

Durch den Verordnungsentwurf der EU würden **innovative Stoffe, Zubereitungen und Erzeugnisse verboten, ohne dass aus Sicht der Fraktion umwelt-, gesundheits- oder verbraucherpolitischer Handlungsbedarf bestehe.**

So könne sich die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen verschlechtern, weil diese als Produzenten auf den Auslandsmärkten wegen höherer Kosten gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten benachteiligt würden.

Die Liberalen prognostizieren eine Tendenz der Produktionsverlagerung zahlreicher Weiterverarbeiter von Chemikalien in das außereuropäische Ausland mit der Einführung des REACH-Systems, weil dort die für die jeweiligen Verwendungszwecke geeigneten Chemikalien erhältlich und erheblich preiswerter sein würden als aus europäischer Produktion.

Deshalb tritt die Fraktion dafür ein, auf eine Vielzahl von Punkten in dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission Einfluss zu nehmen. So soll bereits bei der Priorisierung im Registrierungsverfahren und der Festlegung des Umfangs einzureichender Informationen eine Gefahrenbewertung zugrunde gelegt werden, bei der anerkannte Elemente einer Risikobewertung angewendet werden, die insbesondere die Stoffeigenschaften, die jeweils betreffende Dosis-Wirkungs-Beziehung sowie die Art des Umgangs und die damit verbundenen Gefahren berücksichtigt.

Auch plädiert die FDP für ein standardisiertes Vorauswahlverfahren vor der Registrierung, bei dem Substanzen mit besonderen Risiken herausgefiltert werden können und weitergehende Untersuchungen jeweils dann vorgesehen werden, wenn es Anhaltspunkte **für besondere Risiken**

gebe.

Bei den Vorauswahlverfahren und den folgenden Untersuchungen kann aus FDP-Sicht auf die vielfach bereits vorhandenen **gesicherten Erkenntnisse und Daten** zurückgegriffen werden, etwa auf Sicherheitsdaten, arbeitsmedizinische Datenblätter, Erkenntnisse der Toxikologie und der Pharmakologie.

Hervorhebungen: Scherrmann: Anmerkungen Scherrmann: Hier zeigt sich u. a. deutlich, dass

- a) weitgehend nur an Akuteffekte gedacht wird
- b) die Studie des UBA bzgl. der Kosten der REACH-Verordnung wohl nicht bekannt ist
- c) "Innovation" immer noch nicht unter dem Gesundheitsaspekt betrachtet wird
- d) die bis jetzt gängige Praxis nicht in Frage gestellt wird
- e) immer noch die Erkenntnis vorherrscht, dass Erkenntnisse "gesichert" seien, obwohl es für die meisten Substanzen - speziell im Bereich der Langzeiteffekte - keine Daten gibt.

\*\*\*

#### Umwelt/Kleine Anfrage **UNION FRAGT NACH AUSWIRKUNGEN DER EU-LUFTREINHALTERICHTLINIE IN DEUTSCHLAND**

Berlin: (hib/BES) Die Auswirkungen der EU-Luftreinhalt Richtlinie in Deutschland interessieren die CDU/CSU-Fraktion in einer Kleinen Anfrage (15/5290). Darin fragt sie die Bundesregierung, wie sich die Feinstaubbelastung seit 1990 bis heute in den einzelnen Jahren entwickelt hat und was die Hauptursachen für die Entstehung von Feinstaub sind.

Von Interesse ist auch die Aufteilung der Belastungen seit 1990 bis heute auf die einzelnen Verursacher in den jeweiligen Jahren. Die Regierung soll sagen, ob es ihr bei der Verabschiedung der Luftreinhalt Richtlinie bzw. der Tochterrichtlinie seit 1999 bekannt war, in welchem Umfang es hierzulande zu Überschreitungen des Tagesmittelwertes kommen wird und seit wann ihr bekannt ist, dass diese Überschreitungen in großem Umfang eintreten werden.

Die Union verlangt auch eine Einschätzung der Situation in Deutschland, wenn ab 2010 nur noch sieben Überschreitungen des Tagesmittelwertes erlaubt sein werden. Ferner interessiert die Fraktion, in welchen Städten in Deutschland die Grenzwerte für Feinstaubbelastung im laufenden Jahr bereits an mehr als 35 Tagen überschritten wurden, welche rechtlichen Konsequenzen dies hat und welche fachlichen Gründe die Festlegung der 35-Tage-Grenze rechtfertigen. Die Regierung soll zudem sagen, wann sie ein abgestimmtes, langfristiges Gesamtkonzept zur Reduzierung der Feinstaubbelastung vorlegen wird und was sie zur Verbesserung der Luftreinheit konkret unternehmen will.

#### Umwelt/Kleine Anfrage **CDU/CSU WILL FORSCHUNGSSTAND ZUM ELEKTROSMOG ERFAHREN**

Berlin: (hib/VOM) Angaben zum Forschungsstand über die Auswirkungen von elektromagnetischen Feldern ("Elektrosmog") verlangt die CDU/CSU-Fraktion in einer Kleinen Anfrage (15/5291). Der Begriff "Elektrosmog" werde meist im Zusammenhang mit dem Mobilfunk genannt, schreiben die Abgeordneten.

In Deutschland übertreffe die Zahl der Mobilfunkanschlüsse mit rund 55 Millionen mittlerweile jene der Festnetzanschlüsse (rund 50 Millionen). Die Regierung soll sagen, welche Studien sie über die Auswirkungen von elektromagnetischen Feldern in den letzten Jahren in Auftrag gegeben hat, wie sich der Aufbau von Mobilfunk- und Basisstationen für den neuen Standard UMTS entwickelt hat und wie viele UMTS-Basisstationen es derzeit in Deutschland gibt. Gefragt wird ferner, wie viele UMTS-Basisstationen für eine flächendeckende Versorgung in Deutschland erforderlich sind und welche Erkenntnisse der Regierung über mögliche biologische Effekte oder negative Gesundheitsauswirkungen durch den neuen Fernsehstandard DVB-T vorliegen.

#### Umwelt/Kleine Anfrage **REGIERUNG SOLL KLIMASCHUTZPOLITIK ERLÄUTERN**

Berlin: (hib/VOM) Nach der Klimaschutzpolitik der Bundesregierung erkundigt sich die CDU/CSU-Fraktion in einer Kleinen Anfrage (15/5280). Inzwischen stehe fest, dass das Ziel, die Kohlendioxid-Emissionen bis 2005 um 25 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu vermindern, wohl nicht zu erreichen sein werde, schreibt die Fraktion.

Bundesumweltminister Trittin versuche nun, sich von diesem Ziel zu verabschieden, indem er es für sich als nicht bindend ansehe. Von der Regierung wollen die Abgeordneten wissen, bis wann sie ein

überarbeitetes nationales Klimaschutzprogramm vorlegen wird, ob die Ziele der Kohlendioxid-Minderung zu erreichen sein werden und welche der im Klimaschutzprogramm des Jahres 2000 aufgeführten Maßnahmen für die privaten Haushalte, den Gebäudebereich und den Verkehr die Bundesregierung inzwischen umgesetzt hat.

\*\*\*

Berlin: Mi, 13.04.2005

#### Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit **"BEI DER FEINSTAUB-DISKUSSION ZUR SACHLICHKEIT ZURÜCKKEHREN"**

Berlin: (hib/WOL) "Wir müssen bei der Diskussion zur Lösung der Feinstaub-Problematik zur Sachlichkeit zurückkehren", mahnte der bayerische Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Werner Schnappauf (CSU), in der Sitzung des Umweltausschusses am Mittwochvormittag.

Schnappauf war mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen), der nordrhein-westfälischen Landesministerin für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen), und dem Präsidenten des Umweltbundesamtes (UBA), Professor Andreas Troge, einer Einladung des Fachausschusses gefolgt, über den Sachstand zur Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Rates vom April 1999 über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxide, Partikel und Blei in Deutschland zu informieren. Der bayerische Staatsminister sprach dabei das Dilemma der Kommunen am Beispiel Münchens an, wo etwa die Hälfte der Feinstaub-Belastungen von außen komme. Lokale Probleme seien also nur durch überörtliche Regelungen zu lösen.

Hinsichtlich der finanziellen Fragen betonte Schnappauf die bisherige einkommensneutrale Regelung und schlug vor, von den 19 Milliarden Euro Ökosteuern einen Teil als Anreiz für die Nachrüstung bei Dieselfahrzeugen einzusetzen. Das Pingpong-Spiel bei der Zuweisung der Verantwortlichkeit zwischen Kommunen, Land, Bund und Europa dürfe nicht fortgesetzt werden.

Bundesumweltminister Trittin hatte zuvor darauf verwiesen, für den Anreiz einer Neuausrüstung oder Nachrüstung von Partikelfiltern für Diesel-PKW fehle noch die Grundlage einer verbindlichen Regelung: Der Euro-5-Grenzwert für Pkw-Dieselfahrzeuge ab 1.1.2010 sei frühestens 2007 zu erwarten.

Trittin verwies auch auf die generelle Grundhaltung, die in Sachen Feinstaub-Problematik lange Zeit geherrscht habe. So sei er seinerzeit der Panikmache bezichtigt worden, als er auf der Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen eine jährliche Anzahl von 14.000 Toten durch giftige Feinstaubpartikel bekannt gegeben habe.

Nun belege eine EU-Studie die Wahrscheinlichkeit von mindestens 65.000 Toten jährlich durch Feinstaub. Mehr als befremdend sei es schließlich, dass zwei aktuell vorgestellte deutsche Diesel-Modelle weder einen Partikelfilter hätten noch nachrüstbar seien.

Zur Finanzierung erklärte Trittin, angesichts der Steuereinnahmen der Länder in Höhe von 11,5 Milliarden Euro sei es durchaus zumutbar, wenn eine Förderung von Partikelfiltern in Höhe von 350 Euro bei Neufahrzeugen und 250 Euro für Nachrüstungen mit einem Gesamtaufkommen von 1,2 Milliarden Euro auch von den Ländern getragen werde.

NRW-Umweltministerin Höhn begrüßte den Ansatz von Bund und Ländern, das Problem gemeinsam zu lösen, und empfahl, die Feinstaub-Problematik als Gesundheitsproblem anzugehen.

Handlungsbedarf und entsprechende Luftreinhaltepläne müsse es vor allem für Ballungsgebiete geben.

Über Fahrverbote müsse dann nachgedacht werden, wenn rund fünf Prozent der Lkw als Verursacher von 60 Prozent giftiger Feinstäube festgestellt würden. Professor Troge ging als Präsident des Umweltbundesamtes auch auf die Problematik ein, dass zwischen den Bundesländern unterschiedliche Werte giftiger Feinstaubmessungen angegeben seien.

Die Liste der Grenzwert-Überschreitungen führt laut Troge Stuttgart mit einer noch nicht aktualisierten Anzahl von Tagen an, gefolgt von München mit 42 Tagen sowie Dortmund und Berlin mit jeweils 36 Tagen.

In Bezug auf die Innen- und Außenwirkung führte Troge aus, bei Bussen und Bahnen liege der Grenzwert gefährlicher Feinstäube in den Fahrzeugen infolge einer Sogwirkung höher als die gemessenen Außenwerte.

\*\*\*

Gesundheit und Soziale Sicherung/Gesetzentwurf **REGIERUNG WILL GESUNDHEITLICHE PRÄVENTION GESETZLICH VERANKERN**

Berlin: (hib/BES) Die Bundesregierung will die gesundheitliche Prävention stärken. Hierzu hat sie einen Gesetzentwurf vorgelegt (15/5214), der gleichlautend mit einer Vorlage der Koalitionsfraktionen (15/4833) ist.

Die Prävention und Gesundheitsförderung als ein viertes Standbein neben der Akutbehandlung, der Rehabilitation und der Pflege zu etablieren sei angesichts der veränderten Rahmenbedingungen in den sozialen Sicherungssystemen notwendig geworden, heißt es zur Begründung.

Der Bundesrat stimmt in seiner Stellungnahme zum Regierungsentwurf zwar mit den Zielen des geplanten Gesetzes überein. Auch die Ländervertretung habe bereits mehrfach eine gesetzliche Regelung gefordert, heißt es.

Dennoch kritisiert der Bundesrat die Vorlage. Diese weise Überregulierungen auf, die nicht mit dem Ziel des Bürokratieabbaus übereinstimmen. Konkret nimmt die Länderkammer die geplante Stiftung Prävention und Gesundheitsförderung ins Visier.

Die Errichtung dieser Stiftung stehe im Gegensatz zu den Forderungen der Länder, einfache und transparente Organisationsstrukturen zu schaffen und den bürokratischen Aufwand zu verringern. Laut Entwurf soll die Stiftung in Zusammenarbeit mit einem "breiten, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit widerspiegelnden Gremium von Fachleuten" zunächst Präventionsziele und Teilziele erarbeiten. Auf dieser Grundlage solle dann die Auswahl der geeigneten Maßnahmen erfolgen.

Zusätzlich werde die Qualitätssicherung der Prävention ausgebaut. Die Kosten der Gesundheitsberichterstattung für den Bund schätzt die Regierung auf etwa 600.000 Euro 2006 und ab 2007 auf 1,2 Millionen Euro jährlich.

Diese Mehrausgaben würden durch Umschichtungen im Haushalt des Gesundheitsministeriums finanziert. Für die Länder ließen sich die Ausgaben nicht abschätzen, heißt es weiter im Entwurf.

Anmerkung Scherrmann: Da bin ich mal wieder sehr neugierig, was genau diese Praeventionsziele und Teilziele sind.

=====

## **UBA - UMWELTBUNDESAMT**

Berlin, den 15. April 2005 **Chance für bessere Bauprodukte**

### **Europäische Kommission will Gesundheits- und Umweltschutz bei Bauprodukten stärken – Umweltbundesamt macht Vorschläge**

Bauprodukte können erhebliche Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt haben. Bisher enthalten harmonisierte Europäische Normen für Bauprodukte aber keine - oder nur ansatzweise - Anforderungen für mehr Gesundheits- und Umweltschutz. Dies will die Europäische Kommission nun ändern. Eine neue Sachverständigengruppe zu Gefahrstoffen in Bauprodukten soll den Gesundheits- und Umweltschutz systematisch in die europäischen Normen einbringen. Wie konkrete Bausteine zum Gesundheits- und Umweltschutz in Produktnormen aussehen könnten, zeigt eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA). Die Studie führt stoffbezogene Anforderungen für ausgewählte Bauprodukte auf. Sie kann der neuen Sachverständigengruppe zu Gefahrstoffen in Bauprodukten als Hilfestellung dienen und in den Europäischen Normungsgremien Anwendung finden.

Ein weiteres Ergebnis des Forschungsprojekts sind Handlungsempfehlungen, wie diese Anforderungen in die europäischen Normen für Betonausgangsstoffe und Bodenbeläge einfließen können. Für alle weiteren Bauprodukte, die Gegenstand der europäischen Normung sind, präsentiert die Studie Informationen zu ihrer Verwendung sowie den mit ihnen verbundene Emissionen von gefährlichen Stoffen.

Das Ziel der europaweiten Angleichung der technischen Vorschriften ist der freie Handel mit Bauprodukten in den EU-Staaten. Der Mangel an harmonisierten Verbraucherinformationen über die Freisetzung gefährlicher Stoffe aus Bauprodukten ist oft ein Markthemmnis für die Entwicklung schadstoff- und emissionsarmer Produkte, da diese Produkte sich ohne Kennzeichnung nicht profilieren können.

Durch Normung können Produktinformationsregeln eingeführt werden, die solche Handelshemmnisse beseitigen. So ließen sich die Möglichkeiten, das Gesundheits- oder Umweltgefährdungspotential von Produkten zu verringern durch Unternehmen besser nutzen.

Die Studie „Gesundheits- und Umweltkriterien bei der Umsetzung der EG-Bauproduktenrichtlinie“ ist als Download-Version auf der Internetseite des Umweltbundesamtes unter der Adresse [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de) veröffentlicht.

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-021.htm>

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-021.pdf>

\*

## Berlin, den 12.04.2005 Schritt für Schritt: **Umweltmanagement in kleinen und mittleren Unternehmen**

Umweltbundesamt (UBA) und Bundesumweltministerium (BMU) veröffentlichen neue Broschürenreihe im Internet

Die Einführung eines Umweltmanagements bringt auch in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) wirtschaftliche Vorteile. Sie sparen zum Beispiel Energie sowie Material. Zudem gibt es einen Imagegewinn. Das belegen zahlreiche Beispiele aus der Praxis. Dennoch scheuen sich viele KMU vor einem solchen Schritt. Ihnen fehlt oftmals die Zeit, das Wissen und das Geld, ein systematisches Umweltmanagement im Betrieb umzusetzen. Die neue Broschürenreihe „Schritt für Schritt ins Umweltmanagement“ leistet einen Beitrag, diese Einstiegshürden zu verringern. Sie stellt Konzepte vor, die sich in der Praxis bewährten. Mit deren Hilfe können die Unternehmen ein Umweltmanagement stufenweise und mit geringem Aufwand aufbauen. Selbst das hohe Niveau des Umweltmanagementsystems EMAS lässt sich auf diese Weise in kleinen, praktikablen Schritten erreichen.

In der neuen Veröffentlichungs-Reihe erschienen bisher vier Broschüren, die auf den Internetseiten des UBA und des BMU zum Herunterladen bereitstehen. Sie stellen jeweils einen Umweltmanagementansatz vor, der sich besonders gut für den Einstieg in ein systematisches Umweltmanagementsystem eignet. Es sind: das „Umweltsiegel des Handwerks“, das „Ecomapping“-Konzept, die im kirchlichen Bereich erfolgreich angewandten Ansätze „Grüner Gockel/Grüner Hahn“ sowie das „Ecocamping“-Konzept, das speziell für Camping-Unternehmen nutzbar ist.

Auf den Internetseiten des UBA finden Sie die Veröffentlichungen unter den Links:

<http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2877.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2878.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2879.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2880.pdf>

Die Broschüren informieren über Aufwand und Nutzen der Konzepte sowie den schrittweisen Aufbau des Umweltmanagements. Außerdem geben sie Tipps zu Finanzierungsmöglichkeiten.

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-020.htm>

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-020.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/84

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt